

"Europäisches Saarstatut und christliches Gewissen" in CVP-Rundschau (15. September 1955)

Legende: Im Hinblick auf die Volksabstimmung am 23. Oktober 1955 über das zukünftige Statut der Saar analysiert die CVP-Rundschau, das Presseorgan der saarländischen Christlichen Volkspartei (CVP), am 15. September die Bedeutung dieses Referendums.

Quelle: CVP-Rundschau : Mitteilungsblatt der Christlichen Volkspartei des Saarlandes. 15.09.1955, Nr. 6. Saarbrücken: Christliche Volkspartei des Saarlandes.

Urheberrecht: Alle Rechte bezüglich des Vervielfältigens, Veröffentlichens, Weiterverarbeitens, Verteilens oder Versendens an Dritte über Internet, ein internes Netzwerk oder auf anderem Wege sind urheberrechtlich geschützt und gelten weltweit.

Alle Rechte der im Internet verbreiteten Dokumente liegen bei den jeweiligen Autoren oder Anspruchsberechtigten.

Die Anträge auf Genehmigung sind an die Autoren oder betreffenden Anspruchsberechtigten zu richten. Wir weisen Sie diesbezüglich ebenfalls auf die juristische Ankündigung und die Benutzungsbedingungen auf der Website hin.

URL:

[http://www.cvce.eu/obj/"europaisches_saarstatut_und_christliches_gewissen"_in_cvp_rundschau_15_september_1955-de-679358dd-56db-490f-b36f-0f2e533801a9.html](http://www.cvce.eu/obj/)

Publication date: 19/09/2012

Europäisches Saarstatut und christliches Gewissen

Wichtiges Thema - mit Ernst und Verantwortung behandelt

Das Saarstatut, das am 23. Oktober 1954 zwischen der Westdeutschen Bundesrepublik und Frankreich abgeschlossen worden ist, soll nach der Erwartung der Vertragspartner am 23. Oktober 1955 die Bestätigung der Bevölkerung des Saarlandes erhalten. Jedenfalls hat keiner der eigentlichen Vertragspartner ernstlich mit einem mehrheitlichen Nein des Saarvolkes gerechnet. Die Möglichkeit, zum Statut „Nein“ zu sagen, beeinträchtigt die Selbstverständlichkeit der Zustimmungserwartung nicht im geringsten, sie hat im wesentlichen die vollkommene Freiheit für die als selbstverständlich erwartete Zustimmung in aller Klarheit zu demonstrieren.

Zur Überraschung der ganzen Welt, die in der Volksbefragung am 23. Oktober 1955 eine nicht nur für das Saarland, sondern eine für ganz Europa und vielleicht für eine noch größere Welt schicksalhafte Entscheidung sieht, betreiben die sogenannten „Prodeutschen Parteien“ in ihrer Gesamtheit eine geradezu leidenschaftliche Propaganda für das „Nein“ zum Saarstatut.

Die Welt ist höchst erstaunt darüber, daß gerade die sogenannten „Prodeutschen Parteien“ mit ihrem Nein das neue Saarstatut ablehnen wollen, das doch gegenüber dem bisherigen Zustand eine ganze Reihe jener Chancen und wichtigen Möglichkeiten bringt, um die zu kämpfen die sogenannten „Prodeutschen Parteien“ immer vorgegeben haben.

Überrascht über die Gründe

Die Welt ist vor allem überrascht über die Gründe, die von den Nein-Parteien im öffentlichen Meinungskampf für ihre ablehnende Haltung geltend gemacht werden. Es kann auch kein Zweifel darüber bestehen, daß im Gewirr des bisherigen Volksbefragungskampfes das eigentliche Kampfziel, um das es am 23. Oktober 1955 einzig und allein geht, derart verdunkelt und verschoben worden ist, daß das Saarland in der Weltöffentlichkeit nicht gerade an Ansehen hinsichtlich seiner politischen Reife und Mündigkeit gewonnen hat.

Und schließlich ist noch nicht abzusehen, wann die katastrophale Schockwirkung wieder abgeklungen sein wird, die in der ganzen zivilisierten und freien Welt sich eingestellt hat angesichts der im Abstimmungskampf zutage getretenen Diffamierungs- und Terrorisierungsmethoden. Bei der Beurteilung dieser letztgemeinten verwerflichen Kampfmethoden verlangt der Tatbestand stärkste Beachtung, daß die Nein-Parteien ihre Versammlungen und Kundgebungen bisher völlig ungestört durchführen konnten. Dieser unleugbarer Tatbestand hat den Nein-Parteien einen heute noch nicht voll abzuwägenden, aber jedenfalls einen äußerst schwerwiegenden Verlust an moralischem Kredit eingebracht.

Im Namen des Gewissens

Im bisherigen Verlauf des Volksbefragungskampfes wurde von den Nein-Parteien immer wieder im Namen des christlichen Gewissens das klare und entschlossene Nein zum Saarstatut gefordert. Dieses Verfahren der Nein-Parteien, im Namen des christlichen Gewissens die Befolgung ihrer Nein-Parole moralisch zu erzwingen, muß sich darum einer ernsten und sachlichen Prüfung unterwerfen lassen. Ein Vergleich mit der Argumentation der Ja-Parteien, an ihrer Spitze die CVP, wird hierbei nicht nur unumgänglich notwendig, sondern auch nützlich und instruktiv sein.

Die Ja-Parteien werten das neue Saarstatut als einen brauchbaren Versuch einer friedlichen und alle Teile einigermaßen befriedigenden Lösung des Saarproblems, das nun einmal besteht. Mit veralteten Argumentationen wie z. B. mit dem Richelieu-Argument ist diesem Problem, wie es sich heute bei völlig neuartigen Verhältnissen stellt, überhaupt nicht beizukommen. Erst der heutige Stand der industriellen und wirtschaftspolitischen Entwicklung hat dem Saarproblem sein heutiges Gewicht und seine heutige Charakteristik gegeben.

Der entscheidende Schritt

Die durch nichts hinwegzuleugnende Tatsache, daß Deutschland innerhalb 30 Jahren zwei Kriege verloren hat, von denen der zweite schließlich Deutschland selbst vollständig zugrunde gerichtet und in die größte Katastrophe seiner Geschichte gebracht hat, wird doch nicht einfach dadurch unwirksam und bedeutungslos, daß sie als unbequem empfunden und darum am liebsten totgeschwiegen wird. Gerade angesichts dieser äußerst harten und unumstößlichen Tatsachenlage ist es besonders bedeutungsvoll, daß vom letzten Krieg besonders schwer heimgesuchte westeuropäische Länder im Hinblick auf völlig neuartige politische und besonders wirtschaftspolitische Notwendigkeiten den ernstlichen Versuch gewagt haben, zu einem Vereinigten Europa zu kommen, das, nach neuen Ordnungsprinzipien aufgebaut, es jedem seiner Glieder ermöglichen soll, frei von Angst und Furcht eine wahrhaft demokratische und friedliche Lebens- und Werkgemeinschaft zu realisieren. In die konstruktive Arbeit am Aufbau dieser neuen Ordnungseinheit ist auch die Westdeutsche Bundesrepublik einbezogen. Nach der Lage der Dinge, über deren Ernst und Tragweite sich doch niemand hinwegtäuschen darf, muß Deutschland zu seinem eigenen Frieden und Glück sich allerdings zu Opfern bereit finden, die geeignet sind, seine aufrichtige Bereitschaft zu echter, nach den neuen Ordnungsprinzipien ausgerichteter Zusammenarbeit mit den westeuropäischen Staaten zu demonstrieren und jedem Verdacht erneuter imperialistischer und nationalegoistischer Bestrebungen von vornherein den Boden zu entziehen.

Demgemäß sind nach vielem Hin und Her Westdeutschland und Frankreich übereingekommen, im neuen Saarstatut einen ersten und entscheidenden Schritt auf dem gemeinsamen Wege auf Europa hin zu tun und sich des Statuts als eines brauchbaren Schlüssels für das Tor in eine bessere und friedlichere Zukunft zu bedienen.

Mannigfache Einschränkungen sind notwendig

Alle an dieser neuen westeuropäischen Ordnung direkt interessierten Staaten sind diesem deutsch-französischen Verständigungs- und Aussöhnungswerk beigetreten. Auch die beiden Großmächte Großbritannien und die USA werden nicht zögern, dieses Friedenswerk, wenn es die als selbstverständlich erwartete Zustimmung des Saarvolkes erlangt hat, unter den Schutz ihrer eigenen Macht zu nehmen.

Diese Auffassung findet ihre volle Bestätigung in der Tatsache, daß noch vor einigen Tagen die Außenminister der sechs Montanunion-Länder einschließlich des bundesdeutschen Vertreters ihre Meinung dahingehend äußerten, daß die Annahme des Saarstatuts durch die Bevölkerung des Saarlandes eine europäische Notwendigkeit sei. Demgemäß wird sich im Interesse des höheren Wohls der künftigen übernationalen Staatengemeinschaft das Interesse der Einzelstaaten mannigfache Einschränkungen gefallen lassen müssen. Es steht mit Sicherheit zu befürchten, daß es niemals auf friedliche Weise zu einer europäischen Staatenkonföderation kommen kann, wenn dieser Grundsatz, der vollinhaltlichen der klassischen Gesellschaftslehre der Kirche entspricht, mit allen seinen Konsequenzen gerade in Deutschland nicht verstanden und bejaht werden sollte! Er ist aber offenbar in Westdeutschland besser verstanden worden als in manchen Kreisen des Volkes an der Saar, wenn man die Argumentation der Nein-Parteien in Betracht zieht.

Nichts wird verleugnet

Es ist darum vielleicht schwer, aber keineswegs unmöglich, das Volk an der Saar in seiner ganzen Breite davon zu überzeugen, daß es durch seine Entscheidung am 23. Oktober 1955 tatsächlich zu einer gesamteuropäischen Entscheidung von schicksalhafter Bedeutung aufgerufen ist und daß mit der Westdeutschen Bundesrepublik die ganze westliche freie Welt auf dieses Bekenntnis zum europäischen Geiste wartet.

Angesichts der Tatsache, daß wir mit einem klaren Ja zum Saarstatut wirklich nichts verlassen, nichts verleugnen und nichts verlieren, was uns im Sinne der christlichen Sittenlehre ein unveräußerliches Gut sein muß, sondern zusammen mit Westdeutschland und Frankreich und zusammen mit allen interessierten Nationen an einer gemeinsamen neuen Zukunft bauen, ist wirklich nicht einzusehen, aus welchem Grund ein

katholischer oder evangelischer Christ gehindert sein sollte, zu diesem hochbedeutsamen Friedens- und Ordnungswerk freudigen Herzens Ja zu sagen!

Für eine neue Hoffnung

Am 23. Oktober 1955 geben wir unsere Stimme — und das kann nicht klar genug gesagt und nicht oft genug wiederholt werden — doch nicht für Frankreich und nicht für Deutschland, sondern für eine neue Hoffnung, die Europa heißt. Papst Pius XII., der wie kaum ein anderer Europäer das Schicksal Europas während der letzten 40 Jahre miterlebt hat, läßt keine Gelegenheit ungenützt verstreichen, um sich zu einem der ersten Anwälte für die politische Vereinigung Europas zu machen. Gerade Pius XII. ist viel zu nüchtern, um die noch bestehenden und noch zu überwindenden materiellen und ideellen Schwierigkeiten nicht zu sehen, gerade er hat darum von seiner hohen Warte aus immer wieder zu neuem Ansatz ermuntert und am 6. Dezember 1953 in einer geradezu klassischen Prägnanz die Verfahrensformel für alle Einigungsbemühungen vorgelegt mit den Worten:

„... in den Grenzen des Möglichen und Erlaubten alles zu fördern, was die Einheit erleichtert und wirksamer macht; einzudämmen, was sie stört; manchmal zu ertragen, was sich nicht aus dem Wege räumen läßt und um dessentwillen doch die Gemeinschaft der Völker nicht scheitern darf wegen des höheren Gutes, das man von ihr erwarten kann.“

Auch auf der Augsburger Ulrichs-Festwoche ist das Thema der unaufschiebbar gewordenen Neuordnung Europas ernstlich diskutiert und auf die absolute Notwendigkeit hingewiesen worden, zu versuchen, allen strittigen überstaatlichen Problemen durch kühne und freie, mehrseitige vertragliche Abmachungen ihre Stör- und Sprengkraft zu nehmen. Wer kann im Ernst leugnen, daß das Saarstatut als ein solcher Versuch anzusehen und dementsprechend zu bejahen ist?

Die Herder-Korrespondenz kommentiert in ihrer Juli-Ausgabe (1955) die päpstliche allgemeine Gebetsmeinung für den Monat August (um friedliche Zusammenarbeit der Völker nach christlichen Grundsätzen) mit folgenden Worten: „Leider sind wir sehr daran gewöhnt, vom Lehramt der Kirche nur allgemeine Grundsätze zu hören. Eine solche Wahrheit liegt auch hier vor, aber sie (nämlich die friedliche Zusammenarbeit der Völker nach christlichen Grundsätzen!) wird als eine geschichtliche Notwendigkeit bis hinein in die politische Aufgabe einer Einigung Europas als unmittelbar zu vollziehendes Werk des Glaubens, als politische Prophetie kundgemacht.“ Die Verteidiger einer mehr als fragwürdigen „Theologie der Nation“, die übrigens als solche in vielerlei Hinsicht höchst anfechtbar und noch sehr jungen Datums ist, sollten nicht nur mehr oder weniger gesicherten theologischen Spekulationen huldigen, sondern vor allem das elfte Kapitel der Genesis erneut und ernstlich überdenken. Im Sinne einer wahrhaft integralen christlichen Theologie heißt es in dem bereits zitierten Kommentar weiter: „Wir können gar nicht genug die Einheit der Menschheit und ihre Zerstreuung durch die Sünde bedenken, damit wir wissen, daß die Wiederherstellung dieser Einheit in dem neuen Adam, Christus Jesus, und in der Gottesmutter wie in der Gemeinschaft der Kirche schon erfolgt ist und nun auf ihre Vollendung wartet. Das bedeutet, daß der Irrtum von der unbeschränkten Souveränität der Völker aus ihrem Bewußtsein und erst recht aus der politischen Planung ihrer Staatsmänner verschwinden muß.“

Die Thesen der Neinsager

Diesen Darlegungen seien jetzt einige Behauptungen und Aussagen der Nein-Propagandisten gegenübergestellt:

Der CDU-Landtagsabgeordnete Diehl (Rheinland-Pfalz) z. B. schreibt in einer Serie von Druckbriefen an saarländische Geistliche (Nr. 5) von „Europanebel“ und vom „rosaroten Europatraum“ der Separatisten, und sonst spricht und schreibt man gern und häufig von „Europa-Phantasien“, von „Hirngespinnsten“ und von „Transport-Europäern“ als einem Häuflein „Naiver“.

Derselbe Herr Diehl schreibt in Nr. 3 seiner Briefserie: „Niemand wird bestreiten, daß es nach dem Aufbau unserer neuen Streitkräfte eines Tages wieder eine deutsche Nationalarmee gibt und eine nationale Politik,

die diesen Namen verdient. Von einer Etappe geht es zur anderen. Stresemann ging diesen Weg und Dr. Brüning. Das war damals in der Weimarer Epoche. Nicht viel anders wird es jetzt sein."

Derselbe CDU-Abgeordnete Diehl schreibt in Nr. 5 S. 7: „Die hohen Sozialausgaben, mit denen sich die verantwortlichen Politiker der CVP und SPS so gerne brüsten, sind reine Propagandaausgaben, unverantwortliche Manipulationen, denen das dicke Ende folgen wird." An anderer Stelle (Nr. 3 S. 8) schreibt derselbe Verfasser aber: „Im Prinzip werden sie (d. h.: die Grundthesen der Saarpolitik der Bundesrepublik) darauf hinauslaufen, daß die Saar einmal als Bundesland zurückkehrt unter weitestgehender Garantierung ihrer derzeitigen kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Errungenschaften. Einem französischen König war einst Paris eine Messe wert.“

Ohne weitere Bedenken wird wörtlich oder dem Sinn nach immer und immer wieder nachgesprochen und nachgeschrieben, was wiederum in den Briefen Diehls zu lesen ist (Nr. 4 S. 8): „Es ist eine Blasphemie ohnegleichen, die separatistische Politik eines Johannes Hoffmann im gleichen Atemzug mit den ethischen Grundsätzen einer wahrhaft christlich orientierten Politik zu nennen. Christliche Politik und Separatismus sind unvereinbar."

Im übrigen gehören die Formulierungen der Nein-Sager: Handlanger der Besatzungsmächte, vaterlandslose Gesellen, Verräter, Separatisten zu dem täglich wiederkehrenden, ja feststehenden Sprachschatz.

Das sind nur einige Proben aus dem Raum der Nein-Parteien. Wir glauben, daß man die sachliche Erörterung des Saarproblems, wenn sie wirklich aus christlicher Gewissenhaftigkeit und Verantwortlichkeit geführt werden soll, auf dieser so skizzierten Basis überhaupt nicht durchführen kann.

Europas größte Gefahr

Sind denn wirklich die Befürworter des Ja nur Phantasten, Separatisten, Gotteslästerer und Verräter? So primitiv liegen die Dinge doch wahrhaftig nicht.

Wer sich z. B. nur einmal ernstlich mit dem Problem der Vaterlandsliebe befaßt hat, wird immer zu dem Ergebnis kommen müssen, daß man mit den Schimpfworten Verräter, vaterlandsloser Geselle und Separatist äußerst vorsichtig umgehen muß. Es ist zweifellos einheitliche These der christlichen Sittenlehre, daß die Vaterlandsliebe eine sittliche Pflicht ist, aber es gibt nicht ein einziges anerkanntes Werk der christlichen Sittenlehre, in dem behauptet würde, daß der Nationalstaat als Gegenstand dieser Vaterlandsliebe vom Naturrecht her gefordert werden müsse. Es ist vielmehr die herrschende Auffassung, daß das Vaterland, über dessen Begriffsbestimmung keinerlei Einheitlichkeit besteht, als Gegenstand der Vaterlandsliebe jedweder konkrete Staat sein kann, der seinerseits, den Gesetzen der geschichtlichen Entwicklung unterworfen, ebensogut ein dynastischer, wie ein National- oder Nationalitätenstaat, ein weltlicher wie ein geistlicher Staat, eine Monarchie oder eine Republik sein kann. Daß ein in jeder Hinsicht vollkommener Nationalstaat die Verwirklichung eines Ideals sein kann, wird ja von niemand bestritten. Man möge in diesem Zusammenhang aber doch einmal bedenken, wie nach dem nationalstaatlichen Prinzip, wenn es wirklich unabdingbaren Forderungen des Naturrechts entspräche, die Zertrümmerung des Kirchenstaates im Interesse der nationalen Einigung Italiens zu beurteilen wäre! Wer das alles nicht verstehen will, sollte doch bedenken, daß der Israelit und Apostel Paulus sich einst rühmte, das römische Bürgerrecht, d. h. die Staatsangehörigkeit der feindlichen Besatzungsmacht zu besitzen! Oder hat man keine Kenntnis davon erhalten, daß ein Saarländer als hoher kirchlicher Würdenträger zugleich Mitglied der französischen Ehrenlegion und Inhaber des Verdienstkreuzes der Westdeutschen Bundesrepublik ist! Hat man wirklich schon vergessen, daß ein anderer hoher kirchlicher Würdenträger aus dem Trierer Raum, als „Separatist" aus seinem Vaterland verjagt und geflohen, ein hochverdienter und ein in der ganzen Welt hoch angesehener Mann der Kirche gewesen ist. Es ist vielleicht nicht unnützlich, in unserer heutigen schwierigen Situation auch die Lage des hochseligen Bischofs Korum zu studieren, der oft und gern das „liebe Elsaß" als sein „Vaterland" bezeichnet hat. Dieser Mann, 1840 in einer zweisprachigen Familie geboren und aufgewachsen, bis zu seinem 30. Lebensjahr als Elsässer französischer Staatsbürger, danach deutscher Staatsbürger (1871) und schließlich (1881) Bischof in Trier, also in preußischem Staatsgebiet, hat aus seinen persönlichen leidvollen Erfahrungen heraus — einmal als „Franzosenkopp" beschimpft, dann als „deutscher Bischof"

verherrlicht — zum Beginn des neuen Jahrhunderts (1900) die wahrhaft prophetischen Worte ausgesprochen: „Für mich ist der Nationalismus Europas größte Gefahr, er ist die schlimmste Häresie, er ist Abfall vom Christentum. Bevor viele Jahre des neuen Jahrhunderts vorüber sind, wird Europa dies in bitteren Heimsuchungen erkennen.“

Wer also zum Saarstatut Ja sagt mit voller und aufrichtiger Überzeugung, steht auf gutem und solidem Boden und er kann es zuversichtlich tun mit der vollen Freiheit christlicher Verantwortungsbereitschaft gegenüber einer neuen großen Hoffnung, an die immer noch die besten Europäer und auch die besten Deutschen unerschütterlich glauben.